

Bürokratieabbau und Deregulierung

Freie Berufe in Berlin

Anfang November trafen sich Vertreter der Freien Berufe mit Iris Wehrmann vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund in Berlin. Hauptthema des Treffens war der notwendige Bürokratieabbau in Deutschland. Im Gespräch machte Frau Wehrmann deutlich, dass ein Bürokratieabbau von allen Ministerien und Ressorts als eine Hauptaufgabe angesehen werde, da es zu viele Regelungen und Vorschriften gebe. Ressortübergreifende Ansätze gebe es viele, jedoch brauche es viel Überzeugungsarbeit, um diese in konkrete Maßnahmen zu überführen. Große Hürden seien dabei die jeweilige Zuständigkeit und die Aushandlungsprozesse, weshalb gute Ansätze viel Zeit benötigten. Grundsätzlich strebe man bei neuen Regelungen das Prinzip „one in – one out“ an. Dies bedeute, für jede neue Regelung muss eine vorhandene gestrichen werden. Außerdem erfolge bei einer neuen Maßnahme immer ein Praxischeck, um diese auf Praktikabilität zu überprüfen.

Seitens der Freien Berufe wurden insbesondere ausufernde Dokumentationspflichten, das Vergaberecht und kleinteilige Steuererklärungen kritisiert. Die Kritik wurde mit Änderungsvorschlägen untermauert. So könnten bestimmte Regelungen zum Beispiel erst ab einer Betriebsgröße von 50 Mitarbeitern angewendet werden. Und bei Steuernachweisen sollte eine Bagatell-



Iris Wehrmann, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, RA Cornelia Süß, Präsidentin des Landesverbands der Freien Berufe Sachsen, und Markus Franke, Bevollmächtigter des Freistaates Sachsen beim Bund (v.l.) sprachen über Bürokratieabbau bei den Freien Berufen.

grenze zur Anwendung kommen, damit man nicht wegen 30 Cent eine langwierige Korrespondenz mit dem Finanzamt führen muss. Grundsätzlich sollte Regierung und Verwaltung den Unternehmen mehr vertrauen, anstatt wegen einzelner schwarzer Schafe weitere Bürokratiemonster zu erschaffen. Diese führten nur dazu, dass Deutschland wirtschaftlich in Europa und weltweit abgehängt wird. Und sinnvolle EU-Regelungen dürften nicht durch die deutsche kleinteilige Regelungswut zu un-

brauchbaren Vorschriften degenerieren. Zum Abschluss betonte Frau Wehrmann, dass ganz konkrete und detaillierte Deregulierungsvorschläge an das jeweils zuständige Ministerium sehr willkommen seien, um die Arbeit der Bundesregierung in Sachen Bürokratieabbau zu unterstützen. ■

Knut Köhler M.A.
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit